

Ägypten - der zweite Dominostein?

Günay, Cengiz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Günay, C. (2011). *Ägypten - der zweite Dominostein?* (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-424158>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse

JANUAR 2011/2

ÄGYPTEN – DER ZWEITE DOMINOSTEIN?

Dr. Cengiz Günay

Die Ereignisse in Tunesien haben gezeigt, dass die Herrschaft autoritärer Machthaber im Nahen Osten nicht in Stein gemeißelt ist. Die bislang friedliche Revolution in Tunesien hat die Hoffnungen auf einen demokratischen Umbruch in der Region geweckt.

Ben Ali war 1987 durch einen unblutigen Putsch an die Macht gekommen. Nach der Absetzung des senilen Habib Bourguiba erweckte der junge Ben Ali Hoffnungen auf Erneuerung. Schon bald sollte sich allerdings erweisen, dass Ben Alis Reformen sich nur auf die Liberalisierung der Wirtschaft beschränken würden. Ben Ali war ein Autokrat, der Tunesien brutal unterdrückte und, wie sich nun immer mehr offenbart, das Land schamlos wirtschaftlich ausbeutete. Staatliche Unternehmen wurden unter dem Mantel der Privatisierung an Angehörige des weitläufigen Klans seiner Ehefrau verschachert. Die auf Wikileaks veröffentlichten US Depeschen sprechen gar von mafiösen Zuständen. Das Beispiel Ben Alis zeigte, dass wirtschaftliche Liberalisierung, wie von einigen Beobachtern ursprünglich angenommen, nicht automatisch zu politischer Liberalisierung führt.

Ben Ali schuf über die Jahre ein Regime der Angst. Politische Gegner wurden brutal unterdrückt, die Medien zensuriert und überwacht. Die Opposition wurde in ihren Ansätzen zerschlagen, prominente Oppositionspolitiker mussten ins Exil, Gewerkschaftsführer wurden eingesperrt. Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus diente dabei als ein Vorwand für die Unterdrückung. Kaum jemand traute sich über ihn zu sprechen, geschweige denn, ihn zu kritisieren. Dieses Regime der Angst konnte nur mit Unterstützung der Armee und mehr noch der Sicherheitskräfte sowie durch die Unterstützung des Westens gehalten werden. Die USA und die EU haben Jahrzehnte lang säkulare autoritäre Regime im Nahen Osten als Bollwerke gegen den Islamismus geduldet, ja sogar unterstützt. Ben Ali war Teil dieser unheiligen Allianz.

In Tunesien wurde die Schwäche dieser scheinbar starken und vermeintlich stabilen Regime aufgezeigt. Die Teuerungen der Grundnahrungsmittel, wachsende Energiekosten, Jugendarbeitslosigkeit und vor allem die Perspektivenlosigkeit der Jugend bilden ein für Autokraten gefährliches Protestpotenzial, vor allem dann, wenn sich die Jugendlichen, die nichts zu verlieren haben, mit den Soldaten verbrüdern. In Tunesien gab es für die unzufriedene Bevölkerung kein Ventil, über das sich der Frust entladen konnte. Der Protest gegen die soziale und wirtschaftliche Not gipfelte im Umsturz des gefürchteten Diktators.

Heute, nach Ben Ali, herrscht Angst vor Chaos. Das Regime hat eine politische Wüste hinterlassen. Die führenden Oppositionellen waren Jahre lang im Exil oder eingesperrt, sie sind zum Teil von ihren Bewegungen und von der Bevölkerung entfremdet. Der Revolution mangelt es zunächst an Führungspersönlichkeiten. Dadurch hat sich ein Machtvakuum aufgetan, das nun Vertreter des alten Regimes zu füllen versuchen. Unter vielen Tunesiern geht die Angst, um ihre Revolution betrogen zu werden, um.

Die Bilder aus Tunis haben eine nachhaltige Wirkung in der arabischen Welt hinterlassen. Vor allem junge Menschen sehen in den Ereignissen in Tunesien eine Vorbildwirkung. Bereits wird von Protestmärschen in Libyen, Algerien und Ägypten berichtet.

Die Frage, die sich die Menschen, Machthaber und Beobachter nun stellen, ist: werden die Ereignisse auf die übrigen arabischen Staaten überschwappen? Kommt es in einem Dominoeffekt zur lange erwarteten Welle der Demokratisierung der arabischen Welt?

Samuel Huntington sieht die Verbreitung demokratischer Regime im historischen Rückblick als wellenförmige Ereignisse. Nach Welle eins, die von 1820 bis in die 1920er Jahre andauerte, folgte Welle zwei nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In dieser Phase erfolgte die Demokratisierung von insgesamt 36 Staaten weltweit. Mitte der 70er Jahre setzte dann die dritte Welle ein, die mit der demokratischen Transition Osteuropas ihren Höhepunkt fand.

Proteste gegen das kommunistische Regime in Ostdeutschland und der Fall der Mauer führten zu Straßenprotesten in den angrenzenden kommunistischen Staaten. Wie Dominosteine stürzten die scheinbar stabilen Regime Osteuropas. Es kam zum Zusammenbruch der Sowjetunion. Damals rechneten Beobachter auch mit Auswirkungen auf den Nahen Osten. Aus Angst vor einem ähnlichen Schicksal kündigten Machthaber in der arabischen Welt demokratische Reformen an. Es wurden politische Parteien zugelassen, die Zensur der Medien gelockert und in einigen Ländern Parlamentswahlen ausgerufen. Die Hoffnung, dass die dritte Welle der Demokratisierung auch die arabische Welt erfasst hatte, währte aber nur kurz. Demokratische Reformen blieben in der arabischen Welt ein Akt der Güte. Die Reformen betrafen nur institutionelle Korrekturen, aber kaum das Machtmonopol der autoritären Regime. Die Machtsysteme und ihre Akteure blieben dieselben. In Algerien wurden die ersten freien Wahlen seit der Unabhängigkeit, als sich der Sieg der islamistischen FIS abzeichnete, ausgesetzt. Algerien schlitterte in weiterer Folge in einen blutigen Bürgerkrieg. Die Erfahrungen Algeriens lehrten die arabischen Machthaber das Fürchten. Die Reformen wurden zum Teil rückgängig gemacht. Rechtliche Einschränkungen, Repression, Verfolgung und Wahlbetrug stehen auf der Tagesordnung.

Der Aufstieg islamistischer Bewegungen sollte ab Mitte der 90er Jahre den autoritären Machthabern einen Vorwand für die politische Unterdrückung liefern. Nach dem 11. September wurden die säkularen autoritären Machthaber zu unverzichtbaren Verbündeten im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Über die Repressionen und Menschenrechtsverletzungen wurde zu Gunsten der Sicherheit hinweggesehen.

Besonders Ägypten als bevölkerungsreichstes Land der arabischen Welt nimmt in den sicherheitspolitischen Überlegungen eine Schlüsselrolle ein. Am Kreuzpunkt zwischen Nordafrika, dem Maschrek und dem Mittelmeerraum gelegen, verwaltet Kairo den Zugang zum Suezkanal. Ägypten spielt aufgrund des Friedensvertrages mit Israel auch eine zentrale Rolle in der *Pax Americana*. Im Gegenzug erhält Kairo jährlich 1.5 Milliarden Dollar überwiesen. Die Nervosität im Regime sowie unter seinen ausländischen Verbündeten steigt angesichts der jüngsten Ereignisse. Hinzu kommt, dass sich Präsident Mubaraks Ära dem Ende zuneigt und in Ägypten im Gegensatz zu Tunesien die islamistische Bewegung verhältnismäßig stark ist. Kommt es zu einem Umsturz in Ägypten, bleibt in der Region kein Stein auf dem anderen.

Ägypten vor dem Umbruch....

Die Parlamentswahlen, die vergangenen November und Dezember in Ägypten abgehalten wurden, enttäuschten jeden, der nach den ungewöhnlich freien Wahlen im Jahr 2005 auf eine weitere Liberalisierung gehofft hatte.¹ Bei den Wahlen Ende 2010 erzielte die regierende NDP (National Democratic Party) 494 von insgesamt 508 Parlamentssitzen. Die Oppositionsparteien stellen zusammen nur insgesamt 14 Abgeordnete. Die Wahlen waren damit eine Farce. Die Wahlbeteiligung betrug nur geschätzte 12 - 20%. Während das Regime auch in der Vergangenheit durch Wahlbetrug, die Verhinderung von oppositionellen Kandidaten, die Nicht-Zulassung von Parteien zu den Wahlen und andere Manipulationen die sogenannte „Präsidentenmehrheit“² für die NDP gewährleistet hatte, war ein derartig hohes Wahlergebnis selbst für ägyptische Verhältnisse zu hoch, weil zu entlarvend. Während ein Teil der Beobachter das Wahlergebnis als Zeichen der Entschlossenheit des Regimes, angesichts der nahenden Machtübergabe alle Zügel fest in der Hand zu halten und nichts dem Zufall zu überlassen, wertete, interpretierten andere den außergewöhnlich hohen Ausgang dahingehend, dass die NDP Führung die Kontrolle über das Ausmaß der Wahlmanipulationen einzelner Kandidaten verloren habe. Ein so eindeutiges Ergebnis, so Analysten, könne angesichts der Auswirkungen auf das internationale Ansehen nicht im Interesse der Führung gewesen sein. So oder so, das Ausmaß der jüngsten Wahlmanipulation weist auf ein hohes Maß an Nervosität hin.

Die Frage der Nachfolge des inzwischen 82 jährigen Hosni Mubarak beschäftigt bereits seit geraumer Zeit Angehörige des Regimes ebenso wie internationale Beobachter. Ein bislang wahrscheinliches Szenario war eine neuerliche letzte Kandidatur Mubaraks bei den Präsidentschaftswahlen im September 2011 und eine spätere Machtübergabe an einen Nachfolger. Seit Jahren wird Mubaraks zweitältester Sohn Gamal als potenzieller Nachfolger gehandelt. Allerdings ist angesichts der jüngsten Ereignisse unter Umständen auch ein Verzicht Mubaraks auf eine weitere Kandidatur durchaus möglich. Beobachter sind sich nicht einig, ob in so einem Fall Gamal Mubarak direkt antreten würde oder ob nicht ein anderer prominenter Vertreter quasi als Übergangslösung antreten und dann an Mubarak Junior übergeben könnte.

Gamal, der, bevor er in die Politik eintrat, eine zeitlang als Investment Banker arbeitete, steht für die Liberalisierung der Wirtschaft. Er soll hinter dem Wirtschaftsboom stehen, der das Land kurz nach der Jahrtausendwende erfasst hat. Ägypten erlebt seither ein rasantes Wachstum. Der Export konnte gesteigert und mehr ausländische Direktinvestitionen an Land gezogen werden. Vom wirtschaftlichen Aufschwung, den das Land erlebt, profitieren allerdings nur wenige. Während die Reichen ihren Wohlstand ausbauen konnten und sich zum Teil auch die Situation der Mittelklasse verbessern konnte, vertiefte sich der Graben zu der breiten Masse der Armen. Kaum etwas vom Wirtschaftsboom sickerte zu ihnen durch. Für die meisten Ägypter stellt weiterhin Brot das wichtigste Grundnahrungsmittel dar. Die Erhöhung der Brotpreise führte daher bereits in der Vergangenheit mehrmals zu Unruhen, zuletzt 2008. Die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft und der Jugend ist

¹ Damals hatte die Opposition für ägyptische Wahlen ungewöhnlich gut abgeschnitten. Die nicht legale, aber tolerierte islamistische Muslimbruderschaft hatte sogar 88 Mandate erzielen können.

² Eine komfortable Mehrheit in der Nationalversammlung garantiert die Umsetzung der Politik des Präsidenten.

groß. Ähnlich wie in Tunesien beklagen viele junge Menschen den Mangel an Arbeitsplätzen. In einem verknöcherten System, das ihnen keine Perspektiven auf Aufstieg bietet und keine Mitsprache erlaubt, macht sich unter vielen Jugendlichen Lethargie oder Frustration breit.

Gamal ist ein Hoffnungsträger für jene, die vom Boom profitiert haben. Damit konnte sich Gamal innerhalb und außerhalb des Regimes eine Hausmacht schaffen. Durch seine Position als Generalsekretär des politischen Komitees der Regierungspartei NDP sitzt er an einer Schlüsselstelle für personelle Besetzungen von Ämtern. Er konnte sich damit über die letzten 10 Jahre zudem ein personelles Netzwerk schaffen. Gamal signalisiert nicht nur Wirtschaftsliberalismus, sondern angesichts wachsender Spannungen Stabilität und Kontinuität. Seine Person ist aber nicht unumstritten. Für all jene, die nicht am Aufschwung teilhaben können, ist er eine Reizfigur. Intellektuelle und Oppositionelle kritisieren, die Machtübernahme durch Mubarak Junior würde eine weitere Zementierung der politischen Stagnation bedeuten und auch in der Armeeführung gibt es kritische Stimmen. Die Generäle sehen durch Gamals Wirtschaftsliberalisierung ihre Pfründe gefährdet.

Anders als in Ben Alis Tunesien herrscht in Ägypten im Vergleich zu den meisten autoritären Staaten der Region ein größeres Maß an Meinungs- und Pressefreiheit. Die Medien kritisieren offen Korruption und Misswirtschaft, selbst Karikaturen von Politikern finden sich in den Zeitungen. Allerdings gibt es eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Die Autorität des Präsidenten und seines Regimes dürfen nicht hinterfragt werden. Jeglicher Verstoß dagegen wird mit Repression und Bestrafung vergolten. Deshalb gibt es auch kaum Berichte über die anstehende Machtübergabe. Politische Bewegungen, die eine potenzielle Gefahr für die Macht und Autorität des Präsidenten darstellten, wurden meist im Keim erstickt. Die Bewegung „*kifaya*“ („genug“) hatte ebenso wenig Chancen wie es Mohamed Al-Baradei bei den Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr haben wird.

Die wenigen zugelassenen Oppositionsparteien mussten sich, um am System teilhaben zu können, diesem Primat unterwerfen. Gewerkschaften, Berufssyndikate und Unternehmervereinigungen sind weitgehend durch das Regime korrumpiert. Die Muslimbruderschaft (MB), die größte, allerdings nicht legale Oppositionsbewegung, hat sich, um aus dem Untergrund hervortreten und im öffentlichen Leben aktiv werden zu können, ebenfalls weitgehend untergeordnet. Vertreter der MB traten als unabhängige Kandidaten bei den Wahlen an und waren bis zuletzt im Parlament vertreten. Die meisten Vertreter der Führungskader der MB sind Ärzte, Anwälte und Ingenieure. Sie sind damit Vertreter der Mittelklasse, die gut in das Wirtschaftsleben integriert sind und die es in den vergangenen Jahren oft zu bescheidenem Wohlstand gebracht haben.³

In den vergangenen 30 Jahren seiner Regierung hat Präsident Mubarak mehrmals seinen Pragmatismus und seine Flexibilität bewiesen. Mubarak verfolgt im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern keine Mission, die die Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft beinhaltet. Mubaraks Politik zielte stets auf Machterhalt und Stabilität ab. Dies förderte ein Ausbalancieren

³ Intern streitet die Bruderschaft darüber, ob sich die Bewegung in eine politische Partei wandeln sollte, oder ob es gilt, den geheimen Charakter der Bruderschaft erhalten.

verschiedener Kräfte und eine große Kompromissbereitschaft gegenüber sozialen, religiösen und gesellschaftlichen Bewegungen.

In den vergangenen drei Jahrzehnten musste das Regime vor allem gegenüber konservativ islamischen Forderungen Konzessionen machen. Mubaraks Strategie gegenüber religiösen Forderungen war es, sich diese zu eigen zu machen und sie dadurch zu neutralisieren. Dies half dem Regime, sein Überleben zu sichern, allerdings schränkte es auch seinen Handlungsfreiraum ein. Die schwache gesellschaftliche Verankerung des Regimes förderte die Unterwanderung staatlicher Einrichtungen durch Islamisten. Selbst die renommierte Al-Azhar Universität, die höchste Instanz des offiziellen Islam in Ägypten wurde zunehmend durch traditionalistische konservative Kleriker unterwandert. Diese fordern immer öfter die Autorität des Regimes über diese Institution heraus. Auch die Justiz ist vom Einfluss wachsender islamischer Moralvorstellungen nicht ausgenommen. Der Umstand, dass sich das Regime vor allem bei politischen Prozessen auf Militärgerichte verlässt, wird von Beobachtern als ein Zeichen des Misstrauens hinsichtlich des Umstandes, dass zivile Gerichte eine Prozessführung nach säkularen Maßstäben eines modernen Staates nicht mehr gewährleisten können, gewertet. Im Sozialbereich haben islamische Wohlfahrtseinrichtungen, Schulen, Heime und Gesundheitseinrichtungen zunehmend jene Lücken gefüllt, die in Folge der Wirtschaftsliberalisierung nach dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates zurückgeblieben waren. Die Autorität des Regimes wurde damit vor allem in den unteren sozialen Schichten weiter untergraben.

Die Verankerung des Regimes in der Gesellschaft ist aufgrund von fehlenden ideologischen Ausrichtungen bzw. mangelnder Institutionalisierung schwach. Dennoch konnte das Regime geschickt Spannungen innerhalb der Gesellschaft bzw. Differenzen innerhalb der islamistischen Bewegung geschickt für sich ausnutzen. Mubaraks Politik von Zuckerbrot und Peitsche hat eine weitgehend unpolitische und entideologisierte Gesellschaft geschaffen. Angesichts des Niedergangs ideologischer Bewegungen, einem wachsenden Hedonismus und einer Konsumgesellschaft schien für viele, die in irgendeiner Weise daran teilhaben konnten, Mubaraks Pragmatismus ohne Alternative. Im Lichte wachsender Spannungen konnte sich Mubarak mehrmals als Stabilitätsfaktor, als erfahrener Vater der Nation und als geschickter Diplomat darstellen. Angesichts einer großen Unsicherheit im Falle eines Umsturzes und der Angst vor sozialen Umbrüchen sind nicht nur die Eliten, die Wirtschaft und große Teile der Mittelschicht, sondern auch die USA an einer kontrollierten Machtübergabe und dem grundsätzlichen Erhalt des Systems interessiert. Für viele, selbst für moderate Islamisten galt Mubarak angesichts fehlender Alternativen und der Furcht vor einem politischen und wirtschaftlichen Chaos stets als das kleinere Übel. Das Regime konnte zudem auf die Unterstützung durch die Armeeführung zählen. Auch das Militär ist am Machterhalt interessiert, nicht zuletzt deshalb, weil unter der Präsidentschaft Mubaraks die Armee zu einem der wichtigsten wirtschaftlichen Unternehmer des Landes werden konnte.

Zu viele wichtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Elemente sind in das System Mubarak involviert. Zu groß ist für viele angesichts einer unsicheren Zukunft und der Angst vor dem Chaos das Interesse am Erhalt des Status Quo. Anders als in Tunesien ist das Regime in Ägypten kein starres totalitäres Regime. Auch wenn es kaum Möglichkeiten der Partizipation an der Macht gibt, verfügen Ägypter im nicht-politischen Bereich über mehr Freiheiten. Der Pragmatismus des Regimes erlaubt Kompromisse,

die seinen Erhalt sichern. Der Sturz des Regimes wäre auch aus US-amerikanischer Sicht angesichts der Gefahr einer Machtergreifung durch Islamisten eine Katastrophe. Ein Transitionsprozess innerhalb der Eliten, der eine kontrollierte politische Liberalisierung bei weiterer wirtschaftlicher Öffnung mit sich bringt scheint, aus heutiger Sicht ein wahrscheinlicheres Szenario als ein revolutionärer Umsturz in Folge von Straßenprotesten. Dennoch kann hier keine sichere Vorhersage gemacht werden. Zu sehr hängen Ereignisse, die zu einem Umsturz führen, von lokalen Gegebenheiten ab und von Dynamiken, die sich während eines solchen Prozesses entwickeln. Wenn angekündigte Revolutionen nicht stattfinden, dann – so zeigt das Beispiel Tunesien – können Bewegungen, denen man Aussichten auf Erfolg abspricht, durchaus auch zu unerwarteten dramatischen Umbrüchen führen.

Mehr als politische Bewegungen, die weitgehend unter Kontrolle gebracht, korrumpiert bzw. neutralisiert werden konnten, fürchtet das Regime unkontrollierbare spontane soziale Aufstände, die von jenen getragen werden, die nichts zu verlieren haben. Mehrere „Brotunruhen“ seit den 70er Jahren konnten zwar relativ rasch niedergeschlagen werden, verursachten aber große Nervosität. Das Regime musste jedes Mal auf die Forderungen eingehen und die Preiserhöhungen wieder zurücknehmen. Es bleibt abzuwarten ob dies auch angesichts des Erfolgs der Protestbewegung in Tunesien ausreichen würde.

Ein Umsturz des Regimes in Folge einer Revolution hätte im Falle Ägyptens sicherlich Folgen, die über die Grenzen Ägyptens hinaus nicht nur für die Region, sondern für die internationale Staatengemeinschaft Implikationen haben würde. Die Doppelmoral des Westens hat seine Legitimität in der Frage von Demokratie und Menschenrechten untergraben. Weder die USA noch die EU könnten daher im Falle eines unkontrollierten Regimewechsels darauf hoffen in diesem Prozess eine konstruktive Rolle zu spielen.

Dr. Cengiz Günay ist Senior Research Fellow am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip)

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip, 1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at